

Kommentare

Ein Warnsignal

Die Katalanen wollen die Unabhängigkeit von Spanien. Es droht eine Zerreißprobe.

Von Ralph Schulze

So unterschiedlich kann die Welt aussehen: Der katalanische Ministerpräsident Artur Mas sprach nach der symbolischen Volksabstimmung über die Unabhängigkeit Kataloniens von einem „vollen Erfolg“. Spaniens konservative Justizminister Rafael Catalá sieht dagegen ein „Scheitern“ und „einen Propagandaakt“. In der Volksbefragung, die am Sonntag von der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung abgehalten worden war, hatte eine überwältigende Mehrheit der Bürger für die Abspaltung von Spanien gestimmt. Den Katalanen war in diesem „Akt der Bürgerbeteiligung“ folgende Fragen vorgelegt worden: „Wollen Sie, dass Katalonien ein Staat ist?“ Und wenn ja: „Wollen Sie, dass dieser Staat unabhängig ist?“ Insgesamt 81 Prozent der Abstimmungsteilnehmer antworteten mit einem zweifachen „Ja“.

Bemerkenswert: Gut zehn Prozent bejahten nur die erste Frage, in der es um ein autonomes Katalonien unter spanischem Dach geht; lehnten aber die zweite Option der völligen Trennung von Spanien ab. Der Rest stimmte mit einem doppelten „Nein“ oder enthielt sich.

Graben Die Abstimmung wird die Kluft zwischen Separatisten und Abspaltungsgegnern weiter vertiefen. Etwa 2,3 Millionen Menschen haben an dieser Befragung in Spaniens wirtschaftsstarke Region teilgenommen. Das waren etwas mehr als ein Drittel – genau 36 Prozent – jener, die abstimmungsberechtigt waren. Insgesamt leben in Katalonien, in dem der Separatismus seit Jahren wächst, und wo die Menschen auf ihre eigene Sprache und Kultur sehr stolz sind, rund 7,5 Millionen Einwohner. Die Aktion war höchst um-

stritten und fand in einer rechtlichen Grauzone statt: Das katalanische Parlament hatte eigentlich ein offizielles Referendum über die Zukunft Kataloniens beschlossen. Spaniens konservative Zentralregierung ließ diesen Plan jedoch vom Verfassungsgericht stoppen.

Trickreich Die katalanische Regierung umging das Verbot mit einem Trick: Die Volksbefragung wurde zu einem „inoffiziellen“ Akt heruntergestuft und mit der Organisation eine separatistische Bürgerinitiative beauftragt.

Der Aussagewert dieser informellen Abstimmung ist natürlich begrenzt: Es ist kein Geheimnis, dass viele Unabhängigkeitsgegner zu Hause blieben und bei dieser „Farce“, wie es die konservative Regierungspartei nannte, nicht mitmachten. Und auch die Drohungen der spanischen Regierung von Mariano Rajoy, gegen die Organisatoren vorzugehen, sorgten nicht gerade für ein entspanntes Klima. Dennoch dürfte das Abstimmungsergebnis ein weithin sichtbares politisches Signal darstellen und die Abspaltungskräfte weiter anheizen. Kataloniens Ministerpräsident Mas kündigte bereits an, dass er das lautstarke „Ja“ für die Unabhängigkeit als Bestätigung für seinen Separatismuskurs sehe.

Druck Mas appelliert an die Welt, die Katalanen bei ihrem Wunsch nach einer legalen Volksabstimmung zu unterstützen. Wie die kanadische Provinz Quebec oder Schottland „will auch Katalonien über seine politische Zukunft entscheiden“. In Quebec wie in Schottland durften die Bürger bereits über die Unabhängigkeit entscheiden. Mit einem Schönheitsfehler für das Separatisten-Lager: In beiden Fällen entschied sich eine Mehrheit gegen die Abspaltung.

■ SEITE 4

Das Referendum heizt den Konflikt an.

Karikatur des Tages



Interessantes Investitionsprogramm.

Zeichnung: Jürgen Tomicek

Pressestimme

Zu den Feiern am 25. Jahrestag des Mauerfalls in Berlin meint:

CORRIERE DELLA SERA
Mailand, Italien

Es war ein Tag der Hoffnung. In den Gesichtern und Gefühlen Hunderttausender Menschen, in den offiziellen Reden. Das Andenken an eine Epoche, gezeichnet von unglaublichem Leid, muss in den Dienst der Zukunft gestellt werden. In einer Welt, die 25 Jahre nach dem Fall der Mauer andere Teilungen und neue Krisen erlebt, schafft das, was in Berlin, der Symbolstadt des Kalten Krieges, geschehen ist, Vertrauen. Denn die friedliche Revolution von damals besitzt eine beispielhafte Kraft. Diese optimistische Botschaft war der rote Faden des großen Ereignisses, das mit dem Aufsteigen der Ballons am Verlauf der 1961 errichteten Barriere zu Ende ging.

„Mit Kritik an Israel habe ich kein Problem“

INTERVIEW Israels Generalkonsul Dan Shaham zum Nahost-Konflikt und einer Zwei-Staaten-Lösung für Palästina

Die Ansicht, die israelische Siedlungspolitik sei das Haupthindernis für eine Verständigung mit den Palästinensern, hält Dan Shaham, israelischer Generalkonsul in Süddeutschland, für grundfalsch. „Wer sagt, sie sei das entscheidende Problem, hat nicht den richtigen Blick auf den Konflikt“, erklärte er bei einem Besuch der Heilbronner Stimme. Shaham war Gastredner bei der Deutsch-Israelischen Gesellschaft Heilbronn-Unterland (wir berichteten). Mit ihm sprachen unsere Redakteure Siegfried Lambert und Jens Dierolf.

Unser Berliner Korrespondent kam vor wenigen Tagen ziemlich erschrocken von einem Israel-Besuch zurück. Er sprach von einem Klima des Misstrauens und der Gewalt. Ist das nur die europäische Brille, mit der Ihr Land gesehen wird?

Dan Shaham: Das ist nicht die europäische Brille, sondern Teil unserer Realität. Obwohl wir in den letzten zehn Jahren Ruhe hatten im Westjordanland, gibt es immer wieder Spannungen. Wir registrieren einen verstärkten Einfluss der islamistischen Ideologie, die beispielsweise auf die Kontrolle des Tempelbergs in Jerusalem abzielt. Gerade das ist ein empfindliches Thema. Aber man kann nicht sagen, dass die Gewalt unser tägliches Leben bestimmt. 95 Prozent des israelischen Alltags müssen Sie sich genauso vorstellen wie in Deutschland. Aber die fünf Prozent, die Europa und die restliche Welt so genau betrachten, bestehen aus der täglichen Konfrontation und dem Konflikt mit den Palästinensern.

In Deutschland hat der Gaza-Krieg die Haltung zu Israel bei vielen verändert. Es gibt mehr Kritik bis hin zu offenem Judentumhass. Wie halten Sie hier dagegen?

Shaham: Wie der Bundespräsident und die Kanzlerin reagiert haben, das war richtig. Sie zogen eine ganz klare rote Linie zwischen der legitimen Kritik an der israelischen Politik und dem Hass. Ich habe kein Problem mit Kritik, das passiert ja täglich innerhalb der israelischen Gesellschaft. Aber es gibt eine klare Grenze: Hetze und Judentumhass. In Deutschland ist das völlig anders als beispielsweise in Frankreich. Das ist der Grund, warum dort Mitglieder der jüdischen Gemeinde – wegen der Anfeindungen – nach Israel emigriert sind. Wenn etwa jemand im Zug fährt mit einer Kipa auf dem Kopf oder einem Judentum-Anhänger, und dabei Angst haben muss, ist das problematisch. In Deutschland war es wichtig, festzustellen: Es gibt einen Platz für Diskurs, für Protest, für Demonstrationen. Damit haben wir überhaupt kein Problem. Aber



Wirbt für Geduld und weitere Verhandlungen mit den Palästinensern: Generalkonsul Dan Shaham. Fotos: Veigel

wenn es zu Antisemitismus kommt, muss man ganz klar sagen: Nein.

Ein ständiger Kritikpunkt ist die israelische Siedlungspolitik, die nicht nur von der Bundesregierung als Hindernis für einen Ausgleich mit den Pa-

„Die palästinensische Seite müsste klar sagen, dass sie einen jüdischen Staat akzeptiert.“

lästinensern gesehen wird.

Shaham: Das ist ein Thema, das wir lange Zeit mit den Palästinensern verhandelt haben. Hier sind wir noch immer nicht einer Meinung. Aber deswegen gibt es ja Verhandlungen. Wir sind nicht sicher, dass die Palästinenser ernsthafte Gespräche mit uns führen. Wir sind keine Feinde, wir wollen den Frieden erreichen.

Die von der israelischen Regierung angekündigten 1000 neuen Wohnungen in Ostjerusalem machen eine Lösungssuche nicht unbedingt einfacher. **Shaham:** Wer glaubt, dass die Siedlungspolitik das Problem darstellt, der irrt sich. Es gab schon lange davor den Grundkonflikt. Es gab Probleme in Gaza, wo kein einziger israelischer Bürger wohnt. Die Wurzel der Nahost-Probleme ist der Extremismus in unserem Land und in unserer Nachbarschaft.

Aber sogar die besten Freunde Israels sagen seit Jahren, dass die Siedlungspolitik illegal ist und Fortschritte im Friedensprozess verhindert. Irren alle, nur nicht Israels Regierung?

Shaham: Ich verstehe, was Sie meinen. Unser Ziel ist es, Frieden mit den Palästinensern zu erreichen. Deshalb haben wir neun Monate lang mit ihnen verhandelt. Danach haben wir festgestellt: Wir haben nicht alles erreicht, aber Fortschritte gemacht. Machen wir weiter. Unsere Gesprächspartner sind genauso verantwortlich für diesen Prozess. Die palästinensische Seite hat eine Einheitsregierung mit der radikalislamischen Hamas gebildet. Wir haben gesagt: Das ist ein Fehler. Der größte Fehler ist aber der, wenn der eine Partner, die Hamas, den anderen, also uns, überhaupt nicht akzeptiert. Die Siedlungspolitik war kein Hindernis für den Frieden mit Ägypten oder für den Abzug aus Gaza. Wer sagt, sie sei das entscheidende Problem, hat nicht den richtigen Blick auf den Konflikt.

Wie sieht denn der richtige Blick aus?

Shaham: Der Konflikt mit den Palästinensern ist nicht verantwortlich für die Gesamtspannung im Nahen Osten. Es gibt mehrere Spannungspunkte. Bitte nicht alles auf unseren Schultern abladen. Unsere Lage wird schwieriger, auch beim Thema der Siedlungen. Die israelische Regierung unter Premier Benjamin Netanjahu hat mehrfach erklärt, mit den Palästinensern Schritte zum Frieden zu gehen. Er meinte damit: zwei Staaten für zwei Völker. Aber die palästinensische Seite müsste klar sagen, dass sie einen jüdischen Staat wirklich akzeptiert. Nicht nur für die Juden als Religionsgemeinschaft, sondern für die Juden als Volk. Aber niemand ist bereit, diesen einen Satz zu sagen. Das ist der Grund für die Angst in Israel.

Ist also die Haltung der EU, der Bundesregierung und der USA falsch?

Shaham: Wir haben es so verstanden: Die EU und alle anderen sind für einen Dialog. Aber wir sehen die Hamas nicht als konstruktive Teilnehmer an diesem Dialog. Die Gespräche sollen die Lösung bringen. Die EU sagt: Wir sind mit den Sied-

lungen nicht einverstanden. Aber wir erwarten ebenso klare Ansagen an die Palästinenser. Wir brauchen die Europäer nicht, um zu erkennen, dass wir eine Verständigung suchen müssen. Das wissen wir doch längst.

Auf israelischer Seite gibt es inzwischen Stimmen, die sagen: Die Zwei-Staaten-Lösung ist vom Tisch.

Shaham: Es gibt immer Ungeduldige, bei jedem Konflikt. Bei uns in Israel gibt es dazu viele Meinungen. Das ist auch in Ordnung. Aber die Mehrheit will eine Zwei-Staaten-Lösung. Denn wir haben unterschiedliche Identitäten: eine palästinensische und eine jüdische.

Schweden hat als erstes EU-Land einen Palästinenserstaat anerkannt. **Shaham:** Lassen Sie es mich so sagen: Als Israeli würde mir nicht ein-

„Wir sehen die Hamas nicht als konstruktive Teilnehmer an diesem Dialog.“

fallen, den Schweden einen Rat zu geben, was sie in einer Ecke ihres Landes tun sollen. Wenn das jemand unbedingt als notwendig erachtet, kann ich nichts dagegen tun.

Avraham Burg, der frühere Präsident der Knesset, hat die Schweden ausdrücklich gelobt und die israelische Besatzung scharf kritisiert.

Shaham: Avraham Burg ist ein Bürger Israels. Er hat nur seine Meinung gesagt. Das ist für uns ganz normal. Gottseidank. Deswegen gibt es ja eine Demokratie. Noch einmal: Die Mehrheit der Israelis will den Frieden mit den Palästinensern und ist bereit zu echten Kompromissen. Aber wir wollen sicher leben. Wenn eines Tages Präsident Mahmoud Abbas nicht mehr da ist und die Hamas ans Ruder kommt, was machen wir dann? Wir brauchen eine wirkliche Lösung. Wir wollen die Palästinenser nicht beherrschen. Wir wollen, dass ihre Gesellschaft so erfolgreich wie möglich wird, auch wirtschaftlich. Aber wir sind nicht bereit, ohne Garantien zu leben.

Zur Person

Dan Shaham wurde 1965 in Ashdod in Israel geboren. Nach einem Psychologie-Studium war er stellvertretender Gesandter an der israelischen Botschaft auf den Philippinen, dann Leiter der Öffentlichkeitsarbeit für Israel in Bonn und vor seiner Ernennung zum israelischen Generalkonsul für Süddeutschland in München bis 2013 Botschafter in Südafrika. Er ist verheiratet und hat drei Kinder. red

Bomben gegen Kinder

Die Islamisten-Sekte Boko Haram setzt ihren Terror in Nigeria fort. Wieder sterben Unschuldige.

Von Marcus Sauer

Der erbarmungslose Anführer der radikalen Islamisten-Sekte Boko Haram in Nigeria hat erneut einen grausamen Terroranschlag angeordnet. Dutzende Schüler sind getötet oder verletzt worden bei der Explosion einer Bombe auf einem Schulhof im Nordosten des Landes. Abubakar Shekau, der ebenfalls für die Entführung, Zwangsverheiratung und Versklavung von 200 Mädchen und jungen Frauen verantwortlich ist, beruft sich bei seinen perversen Verbrechen auch noch auf Allah.

In Wahrheit geht es den Terroristen darum, die Regierung und Präsident Goodluck Jonathan bloßzustellen und zu demütigen. Und darum, Eltern einzuschüchtern. Sie sollen ihre Kinder, vor allem ihre Mäd-

chen, nicht in „westliche“ Schulen schicken. Denn die grausamen Terroristen haben erkannt: Bildung ist gefährlich, weil sie die stärkste Waffe gegen Extremismus darstellt. Sie ermöglicht den Menschen, sich eine eigene Meinung zu bilden. Sie führt zu einer kritischen Zivilgesellschaft, die nicht einfach widerspruchslos hinnimmt, was ihre Anführer, Imame oder Politiker, behaupten.

Nicht nur Nigeria hat die Gefahr durch Islamisten lange Zeit unterschätzt. Auch in Mali oder Kenia spielen sie eine fatale Rolle, ganz zu schweigen von Syrien und dem Irak. Die Dschihadisten können nur mit Hilfe der Europäer und Amerikaner in Schach gehalten werden. Die haben auf das Risiko mittlerweile reagiert. Wenn es dafür nicht bereits zu spät ist. Hass und Misstrauen zwischen den Ethnien sowie Muslimen und Christen nehmen zu. Selbst auf Straßen und Plätzen in Deutschland.

■ SEITE 4

HEILBRONNER STIMME

Postfach 2040, 74010 Heilbronn; Allee 2, 74072 Heilbronn

Telefon 07131 615-0, Telefax 07131 615-200

Service Center Anzeigen-Service: 07131 615-600

Stimme-Service: 07131 615-615, Ticket-Service: 07131 615-701

E-Mail: zeitung@stimme.de, anzeigen@stimme.de, redaktion.oehr@stimme.de, redaktion@stimme.de, servicecenter@stimme.de

HOHENLOHER ZEITUNG

Geschäftsstelle Künzelsau, Postfach 1229, 74652 Künzelsau

Konsul-Uebele-Straße 6, 74653 Künzelsau

Telefon 07940 9262-0, Telefax 07940 9262-8162

E-Mail: anzeigen.kuen@stimme.de, redaktion.kuen@stimme.de

Geschäftsstelle Öhringen, Postfach 1380, 74603 Öhringen

Bahnstraße 11, 74613 Öhringen

Telefon 07941 9161-0, Telefax 07941 9161-8061

E-Mail: anzeigen.oehr@stimme.de, redaktion.oehr@stimme.de

KRAICHGAU STIMME

Geschäftsstelle Eppingen, Postfach 100270, 75021 Eppingen

Mühlbacher Straße 10, 75031 Eppingen

Telefon 07262 6092-0, Telefax 07262 6092-8292

E-Mail: anzeigen.kraichgau@stimme.de, redaktion.kraichgau@stimme.de

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 64 vom 1. Oktober 2014

Auflage: IVW-geprüft

Für unverlangte Manuskripte und Fotos wird keine Gewähr übernommen. Rücksendungen erfolgen nur gegen Porto.

Bezugspreis (monatlich im Voraus fällig): einschließlich Zustellgebühr und 7% Mehrwertsteuer 32,90 €, bei Postbezug im Inland 39,50 €; dienstags mit Fernseheinstellung rtr.

Abbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen vier Wochen vorher schriftlich im Verlag vorliegen. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge höherer Gewalt, Streik oder Aussperrung besteht kein Anspruch auf Entschädigung.

Impressum

Unabhängige Tageszeitung - 69. Jahrgang

Pflichtblatt der Baden-Württ. Wertpapierbörse Stuttgart

Herausgeber und Verlag Heilbronner Stimme GmbH & Co. KG

Geschäftsführer: Tilmann Distelbarth - Bernd Herzberger

Chefredakteur Uwe Ralf Heer

Stellvertreterin Iris Baars-Werner

Blattmacher vom Dienst Günther Drewitzky,

Gerhard Mayer (stv.)

Layoutchef Michael Dauterbaum

Verantwortliche Redakteure

Politik, Wirtschaft Siegfried Lambert, Bernd-Rainer Intemann

(stv.), Jürgen Strammer (stv.), Kultur Andreas Sommer

Sport Stefanie Wahl, Lars Müller-Appenzeller (stv.)

Stadtkreis Heilbronn, Wirtschaft Regional Iris Baars-

Werner, Joachim Friedl (stv.), Landkreis Heilbronn Reto

Bosch, Christian Gleichauf (stv.), Freizeit und Sonder-

veröffentlichungen Alexander Schnell

Hohenloher Zeitung Ralf Reichert

Kraichgau Stimme Peter Boxheimer

Fotografie Andreas Veigel

Dokumentation Elke Tritschler-Ueltzhöfer

Redaktion Stuttgart Michael Schwarz, Peter Reinhardt

Telefon 0711 293935

Redaktion Berlin Martin Ferber, Rudi Wais

Telefon 030 22620204

Redaktion Brüssel Detlef Drewes, Telefon 00322 7340340

Korrespondenten in Washington, New York, London,

Moskau, Paris, Warschau, Ankara, Madrid und St. Petersburg

Anzeigen Martin Küfner (verantwortl.)

Internet www.stimme.de